

STICHWORTLEXIKON DER “DRITTEN WELT”

Dritte Welt - Bezeichnung der ehemaligen Kolonien, die sich jeder “diskriminierenden” Bewertung enthält, weil sie anerkennt, daß es sich um eine souveräne Staatenwelt handelt. Als Besonderheit erscheint allerdings gar nichts Besonderes, sondern die Rangziffer “dritte”. Die Anerkennung liegt also darin, daß sie in eine Rangordnung eingestuft werden - und zwar ganz unten. Der Maßstab ist kein Geheimnis, denn trotz aller Unstimmigkeiten in der Zuordnung der Staaten zu den verschiedenen “Welten” stand die Besetzung der “1. Welt” nie in Zweifel. Von einer “3. Welt” zu reden, bewertet die dazu gezählten Staaten also *in bezug auf* diejenigen Staaten, denen der Anspruch zuerkannt ist, für die Ordnung des Globus zuständig zu sein. Das Resultat dieser Bewertung steht von vornherein fest: Als “3. Welt” sind diese Staaten nie das, womit sie verglichen werden. Das, wofür sie taugen und was sie für die imperialistischen Staaten leisten, kommt also nicht vor, weil sie als normale politische Subjekte vorgestellt werden, allerdings mit lauter negativen Leistungen ihres Staatswesens: Armut, keine industrielle Produktion, Mißwirtschaft, keine Demokratie usw., kurz, sie haben “ihre Probleme”, mit denen sie nie fertig werden. Daß Staaten, die nicht auf einer gesellschaftlich durchgesetzten nationalen Reichtumsproduktion, nicht auf den zivilisierten Formen der Ausbeutung und eines nationalen Volkswillens beruhen, ihre politische Existenz ausländischen Interessen verdanken und deshalb auch mit “ihren ungelösten Problemen” keine Probleme haben, sondern nur mit den Bedingungen, unter die ihre Herrschaft von außen gesetzt werden, diese Wahrheit zählt offiziell unter die Respektlosigkeiten gegenüber den “freien Völkern der 3. Welt”. Und das soweit zu Recht, als diese Staaten selber neben der ihnen eigenen Rücksichtslosigkeit gegen Land und Leute um so mehr Wert auf ihre Souveränität legen, als sie aller eigenen Mittel entbehren, sie zu erhalten, zu stärken und geltend zu machen. Insofern sie alle Ideologien des diplomatischen und sonstigen Verkehrs mit ihnen teilen und selber am bittersten ernstnehmen, sind sie brauchbare Mittel des Imperialismus, Herrschaften, die von dem Geschäft leben und leben wollen, das aus ihren Naturvoraussetzungen gemacht wird. Einen Platz in der UNO, eine Armee, eine Hauptstadt, eine nationale Identität wollen sie alle vorweisen, also sich selber mit der ersten Welt vergleichen. Deshalb sind sie so leicht und billig dazu zu erpressen, die 3. Staatenwelt für die erste zu spielen.

Die seit einiger Zeit gebräuchliche Fortsetzung der Weltnumerierung: “4. Welt” ist das zynische Kompliment an die darunter fallenden Staaten, daß die “besonders große Armut” ihrer Bevölkerung besonders billige Aufmerksamkeit vom Westen wert ist.

Mit unseren schönen Staaten lassen sich die der “3. Welt” also *nicht* vergleichen. Deswegen nimmt man es mit der Erfüllung der Prinzipien ordentlicher Herrschaft, an denen man sie mißt, auch nicht so ernst. Sie sind eben immer “noch nicht reif für...”. Sie sind

Entwicklungsländer, die alles, was sie (“noch”) *nicht* sind, erst noch *werden*. Ihre “3. Welt”-Eigenheit, *nicht* so zu sein wie die “1. Welt”, ist damit zu *ihrer* positiven *Tätigkeit* erklärt, der sie mit unseiner Unterstützung nachgehen. Je offensichtlicher in diesen Ländern eine Akkumulation von nationalem Reichtum *nicht* stattfindet und stattdessen das absolute Elend akkumuliert, um so unerschütterlicher wird das als Beweis für das weltweite Vorurteil genommen, sie hätten “ihre Entwicklung” gerade noch vor sich, in der nationaler Aufschwung und Beseitigung der Armut

zusammenfallen sollen. Wo einen schon die bloße Anschauung darauf bringen könnte, daß keiner dieser Staaten diesen Zweck ernsthaft verfolgt (ganz zu schweigen davon, daß auch in den “Industrieländern” nationaler Reichtum und Armut der Massen einander bedingen), wird diesen Ländern die Sorge um Land und Volk als Auftrag und Anliegen zugesprochen, das sie immer nur verfehlen.

So “entwickeln” sich diese Länder schon seit 20 Jahren. Das Gerede von der “Annäherung an die Industrienationen” drückt also die Gleichgültigkeit gegen die Entwicklung von Elend und Gewalt in diesen Staaten aus. Es ist die Ideologie der Zufriedenheit mit den nützlichen Beziehungen dieser Länder zu “uns”, deren Wirkungen zum immer nicht so recht vorangehenden Entwicklungsproblem von ihnen erklärt werden. Deshalb werden diese Länder auch danach unterteilt, wofür sie in der imperialistischen Welt taugen:

Hungerländer haben nichts An- und Abbauwürdiges zu bieten, kommen aber mit Ansprüchen, die man so billig abpeist, wie es zur reinen Erhaltung ihrer Staatlichkeit nötig ist.

Rohstoffländer herrschen über Bodenschätze und -produkte, die für die Profitproduktion in den imperialistischen Staaten brauchbar sind. Da sie selber damit keinen Profit produzieren, bestimmen sich ihre Finanzen danach, wieviel diese Voraussetzungen dem Kapital wert sind - und danach, wieviel es sich die kapitalistischen Staaten zusätzlich kosten lassen wollen, diese guten Beziehungen reibungslos zu gestalten.

Ölländer sind “unsere” Energiequellen, die besonders kostbar sind. Sie erfreuen sich daher eines gewissen Geldreichtums verglichen mit dem Rest der “3. Welt” und “unseres” besonderen Interesses, wenn zuverlässig, auch als Waffenlager oder sonst als potentielles Objekt westlicher “Eingreiftruppen”.

Schwellenländer sind Länder besonderer Art: Seit Jahren brauchen sie nur noch einen Schritt zu tun, um ein “Industrieland” zu werden. Sie haben also einiges an brauchbaren Bedingungen für die Kapitalverwertung zu bieten, die sie von Ländern mit ordentlichem und reichlichem Kapital entwickeln lassen.

Billiglohnländer sind sie alle, wenn sie Bevölkerung haben, weil sie dann kein entwickeltes Lohnarbeitsverhältnis besitzen, sondern Millionen Hungerleider, aus denen westliches Kapital sich die kräftigsten raussuchen kann, falls es dort Investitionen für lohnend hält. Das gilt dann für einen Entwicklungsfortschritt, der leider immer zu klein ist, weil diese Länder als Anlagesphäre nur bedingt interessant sind, da “Hunger-, Rohstoff-,”länder. Dafür pocht man aber allseits um so mehr auf ihre

Eigenständigkeit. Die Gleichgültigkeit gegen ihre inneren Zustände tritt damit positiv auf. Man respektiert ihre eigenen Maßstäbe, zollt ihnen die inhaltsleere Anerkennung ihrer Souveränität, die laufend auf die “eigenen Kräfte” pocht und darin ihre Abhängigkeit reflektiert. Nach innen gesteht man ihnen eine aparte Natur ihres jeweiligen “Volkes” zu, die in den vom Imperialismus hergestellten Verhältnissen und irgendwelchen “nationalen Traditionen” gefunden wird.

So werden Neger, Indios, Malayen, usw. von denen keiner je ein Bedürfnis angemeldet hat, beherrscht zu werden - dazu beglückwünscht, ihr Menschenschlag sei besonders geeignet für ganz echte Herrschaft. Und dem Imperialismus wird nicht die Zerstörung vorgerechnet, die er an Land

und Leuten herstellt, sondern das *Versäumnis*, die in jenen Völkern vorhandenen Potenzen einer “eigenständigen” Herrschaft nicht nutzen zu lassen.

Nach außen ist Eigenständigkeit nur im Verein mit dem Westen zu erhalten. Sie wird nämlich nur von der SU nicht respektiert. Beweis: Angola, Äthiopien und die paar anderen Flecken, die man zu russischen Bastionen erklärt, haben sowjetische und cubanische Militärberater, die das Volk zur “Freundschaft” mit der SU zwingen. In Afghanistan erhalten die Amerikaner den Beweis dadurch am Leben, daß sie in Ägypten die alten sowjetischen Waffen aufkaufen und via China und Pakistan an die richtige Adresse schmuggeln. In Angola durch südafrikanische Einfälle, bei denen auch sowjetische Berater erbeutet werden. Wenn heutzutage Helmut Schmidt und Co von der “Achtung der Eigenständigkeit der Völker” reden, teilen sie ihren “Freunden” in der “3. Welt” respektvoll mit, daß sie weniger Rücksicht auf ihre Herrschaftsbedürfnisse zu erwarten haben, weil zuviel Geld sie abhängig mache.

Entwicklungshilfe. Da es erklärtermaßen um “Entwicklung” geht, erscheinen die ökonomische Benutzung durch die imperialistischen Staaten und die dafür aufgewendeten Kosten umgekehrt als “unser Beitrag zu...” Die Fiktion von eigenständigen Herrschaften, die nicht unter den imperialistischen Bedingungen ihre Souveränität betätigen, sondern sich mit ihren inneren und äußeren Problemen rumschlagen, erhält seine Krönung in den Ideologien über “unsere Beziehungen” zu ihnen:

Sie sind “Hilfe” bei der Bewältigung von Problemen, die diese Länder selbst hervorbringen. Deswegen fällt alles - von Kapitalexport bis Waffenlieferungen - unter die Rubrik “Entwicklungshilfe” und erhält das Gütesiegel, für die “armen Länder” und ihre Bevölkerung nützlich zu sein. Dem Fehlschluß, daß gegen die Armut “Hilfe” notwendig wäre, geben sich allerdings nur einige fortschrittliche Christen und kritische Demokraten hin. Offiziell ist “humanitäre Hilfe” nur *eine*, und zwar die geringste, neben anderen, also eine ziemlich relative Sache, von der immer zusätzlich versichert wird, daß sie “*auch* uns nützt”. In Wirklichkeit ist es umgekehrt: “Wir” regeln das Maß des Verhungerns in solchen Staaten und das nützt *auch* manchem Herrscher oder Geschäftemacher dort. Je nachdem, was man gerade für den brauchbaren Umgang erachtet, werden die durch die “Entwicklungshilfe” hervorgebrachten Resultate als Anforderungen an und Aufgaben für die “Entwicklungshilfe” debattiert: Brauchen sie mehr oder hat man zuviel gegeben? Sind nicht andere Formen der “Hilfe” angemessener? Können wir überhaupt helfen? Die guten Absichten werden der Politik nie bestritten, erscheinen doch ihre Opfer als lauter widrige Bedingungen, mit denen sie sich unter Wahrung der Selbständigkeit und Eigenständigkeit dieser armen Partner herumschlägt.

Heute fällt die Antwort eindeutig aus, weil die USA auch auf der diplomatischen Ebene “unseren” Zweck bei der Entwicklungshilfe wieder unverblümt aussprechen: “Entwicklungshilfe ist Hilfe zur Stabilität gegen internationale Aggression.” (Haig vor der UNO)

Kapitalhilfe ist für diese Länder gut, weil sie hilft dem Kapital und das vermehrt sich bei “uns”.

Waffenhilfe geht in Ordnung, weil da weiß man, wozu. Das sichert die Stabilität.

Humanitäre Hilfe ist problematisch, weil sie oft

Hilfe zur Selbsthilfe verhindert. Angeblich überschüttet sie die Menschen mit Gütern und macht sie dadurch “begehrlich” und “aktiviert” sie nicht, sich selbst zu versorgen. Dagegen “Hilfe zur Selbsthilfe”. Sie soll das Unmögliche schaffen, die Menschen dazu zu bringen, sich aus dem Elend, aus dem sie sich selbst *nicht* heraushelfen können, *trotzdem* selbst herauszuhelfen.

Während Entwicklungshelfer dem lange Zeit offiziell geförderten Ideal anhängen, die Bevölkerung in ihrer Not mit den *gegebenen* Mitteln *lebensfähig* zu machen, ist die offizielle Lesart heutzutage, daß allzu große Anstrengungen auf diesem Felde nutzlos sind. Indem der Grund der Zerstörung von Land und Leuten in den kalkulierten westlichen Umgang mit diesen Zuständen verlegt wird, bedeutet man den Ländern, daß man das bisherige Ausmaß an Krediten und Lieferungen in dieser Abteilung für überflüssig hält. Die beste Hilfe ist, nicht zu helfen. Nicht mehr so viel “direkte Entwicklungshilfe” ist eine “Hilfe für die Länder, die das System der freien Marktwirtschaft anstreben”, so drücken es die Amerikaner aus. Wie alles ist auch die Konzentration auf “unser” Geschäft und die militärische Stärkung gegen den Osten nur zum Besten ihrer allseits respektierten Eigenständigkeit:

“Das (die Streichung von Krediten, d.V.) “tun die USA... gewiß nicht aus Hartherzigkeit oder Dünkel. Vielmehr soll der Wille zur Selbsthilfe gestärkt und der Blick für den wahren Anpassungsprozeß geschärft werden.” (Süddeutsche Zeitung vom 1.10.81)

5 *Export westlicher Modelle*, das ist die Gefahr! Die imperialistische Herrschaft hat was für sich: ein “Modell”, ein Vorbild soll sie sein, was vor allem deswegen begeistert, weil dieses “Modell” sitzt - ganz so als hätten irgendwelche Leute rumgetüftelt, um für die “westlichen” Verhältnisse die passende Form zu finden. Aber Vorsicht! Die Völker der “3. Welt” sind ganz anders beschaffen, sie brauchen also andere “Modelle”. Also: Finger weg vom “Modell”-Export!

10 *Krise der Entwicklungshilfe*. Die brach justament zu dem Zeitpunkt aus, als die USA mitsamt ihren Verbündeten begannen, ihre Kreditvergabe neu zu sortieren. Gegenüber der “Krise”, die die Ergebnisse der eigenen Politik als lauter “Schwierigkeiten” und “Probleme” vor den Politikern auftürmt, ist die neue “Entwicklungspolitik” eine einzige Anstrengung, auch hier das Beste aus der neuen “Weltlage “ zu machen.

15 *Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit* - darauf kommt es heute wieder mehr an - und der Name des zuständigen Ministeriums wieder zu Ehren. Das Dementi, es ginge um Hilfe, kommt positiv daher: Beide Seiten sollen etwas von den Beziehungen haben. Wenn dieses Angebot des “wechselseitigen Nutzens” von demjenigen gemacht wird, der die Bedingungen setzt, dann kann der “Partner” sicher sein: Er hat so viel zu erwarten, wie dem Vorteil dient, den der “Anbieter” aus der “Zusammenarbeit” zieht. Die “3. Welt” stellt sich darauf ein. Bekenntnisse zum Westen und strategische Lage, das sind heute Kriterien, die sich für eine eigenständige Entwicklung auszahlen, zumindest in puncto Waffen.

20 “Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit” - so sagt man auf deutsch, was die Amerikaner “mehr Realismus im Nord-Süd-Dialog” und mehr Hilfe zur “Marktwirtschaft” nennen.

25 Deswegen ist es auch nicht mehr “diskriminierend”, die “wechselseitige Abhängigkeit” eindeutig auszuführen und von

30 *Geber- und Nehmerländern* zu sprechen. Die einen haben die Spenderhosen an, die anderen halten die Hand auf. Da die “Nehmerländer” nichts anderes zu bieten haben als zu “nehmen”, haben sie sich mit dem zu begnügen, was ihnen “gegeben” wird.

35 *Nord- Süd* - das ist die globale Sicht der Beziehungen zu den “Entwicklungsländern”. Die Zuständigkeit der imperialistischen Staaten wie der herablassende diplomatische Schein des Respekts vor jeder Souveränität bei der Wahrnehmung dieser Zuständigkeit, lassen sich mit der eingängigen Vorstellung, daß “Nord” und “Süd” auf dem Erdball zwei Teile bilden und doch zusammengehören, ganz weltumspannend ausdrücken. Kein Wunder, daß der Friedens-Willy mit seiner Kommission auf diese Bezeichnung verfallen ist - Frieden ist ein wirklich globaler Ordnungsstandpunkt! So wird aus den Erpressungsgesprächen das Ideal einer partnerschaftlichen Runde, deren Erfolg darin liegt, daß sie stattfindet, daß sich die “Partner” versichern, gesprächsbereit zu sein. Wer dabei das Sagen hat, darf man sich wieder rein geographisch vorstellen: Norden liegt auf dem Globus eben oben!

40 “Nord-Süd” gibt es in vielfältigen Variationen: als “-Verhältnis”, “-Dialog”, “-Problematik”, “-Gefälle”, “-Gegensatz” - im Unterschied zu “Ost-West”, was jeder mit “-Gegensatz” und sonst nichts ergänzt, also ein sehr fruchtbares Verhältnis.

45 Aber wie gesagt: “Realismus” ist amerikanischerseits geboten und deshalb äußert man sich auch hierzulande despektierlich: über den “nie endenwollenden Dialog” der ‘Reichen‘ mit den ‘Armen‘:

5 “Selbst die sonst meist maßlosen Entwicklungsländer haben ihre Forderungen diesmal ohne allzu scharfen Biß vorgetragen..., denn selbst die gutmütige Bundesrepublik vermag zur Stunde nicht zu sehen, daß der für eine weitere Ausschüttung des Füllhorns nötige ‚globale Bedarf an Liquidität‘ vorhanden ist... Man will - vernünftigerweise - die Liste der hilfsbedürftigen Länder durchforsten und prüfen, ob nun wirklich alle die fast zinslosen IDA-Darlehen brauchen.” (Süddeutsche Zeitung)

10 *Kulturimperialismus* - der einzige Imperialismus, den es offiziell außer dem überall expansiven sowjetischen noch gibt; und der spielt sich auf dem Feld der Werte ab, ist also ein Lieblingsgegenstand intellektueller Weltbetrachtung, die mit dem ehrlichen Rassismus des einfachen Mannes nichts zu tun haben will. Den Menschen im Busch und in den Slums “Werte” “überzustülpen”, die sie nicht kennen - das ist imperialistische Vergewaltigung. Gerecht wird man ihnen, wenn man die Bedingungen, in die sie der Imperialismus zwingt, zum Ausdruck der eigenen Lebensform erklärt und vor den normalen westlichen “Hilfs”-Praktiken warnt - von wegen “Import von Werten”:
15 Lebensumstände, die die Kritiker des “Kulturimperialismus” für sich selbst weit von sich weisen würden, genießen sie bei Theaterfestivals und Songabenden als “authentische Kultur” - so erweist man fremden Völkern seinen Respekt. So sieht heutzutage Kulturimperialismus aus. Deswegen ist auch als Vorwurf der

20 *Neo- Kolonialismus* nur noch gegen die Sowjetunion geläufig. Während früher die militärischen Erpressungen der USA in Gegensatz zum Ideal der Souveränität der neugebackenen Staaten gesetzt und die USA enttäuscht zum “überholten System” erklärt wurden, muß sich heute die SU ihren Versuch, ihre Einflußsphären zu verteidigen, als Vergewaltigung souveräner Völker vorhalten lassen. Ihre militärischen Posten und Berater in den paar Ländern erscheinen als dreiste Gewalt angesichts dessen, daß in allen Winkeln des Erdballs nicht ihre, sondern die “westlichen” Interessen etabliert sind, die allein eine
25 “3. Welt”-Souveränität garantieren. Während die Erpressungen des Westens mit der ökonomischen und politischen Abhängigkeit dem Interesse der freien Völker entsprechen sollen, belegen ökonomische Beziehungen, so sie der Osten anzubahnen sucht, daß es ihm nicht um diese geht, sondern um einen “globalen Machtanspruch”. Und sowas gab’s nur im vorigen Jahrhundert, was bestätigt, daß die SU ein Staat ist, den es längst nicht mehr
30 geben dürfte.

35 *Hungerkatastrophe*. Dem moralischen Bewußtsein mit Glanzbildern und Sammelbüchsen öfters in Erinnerung gebrachter “Schicksalsschlag”, der seit Jahrzehnten jährlich über bestimmte Weltgegenden hereinbricht und der Aufmerksamkeit für wert befunden wird, weil und soweit er das Maß des für ‘normal’ Gehaltene überschreitet. In der meist gespielten Betroffenheit schlägt sich das platte Urteil des ordentlichen Staatsbürgers nieder: das sind furchtbare Zustände, in denen so viele Leute verhungern, weil zu wenig Nahrungsmittel vorhanden sind. Zugleich macht sich das Einverständnis geltend, daß solche
40 “Katastrophen” die normalerweise getrost vergeßbare Normalität für die Mehrheit der Menschheit sind.

Die Frage nach den Ursachen gehorcht der Logik der öffentlichen Moral, die nach Schuldigen statt nach Gründen sucht, sie konsequent im Versagen der ‚Verantwortlichen‘ dort oder hier, in der Unvernunft der Opfer oder schlicht in den Launen der Natur ausmacht und so bei dem beruhigenden Ergebnis landet, daß solche Zustände irgendwie eine (politische) Naturgegebenheit solcher Gegenden sind. Daß „ausbleibender Regen“ in kapitalistischen Gegenden nicht zu Versorgungskrisen führt (- was nicht heißt, daß Hunger in diesen Ländern unbekannt wäre), sondern zu Preiserhöhungen, dem beschleunigten Ruin von Kleinbauern und zur Zentralisation des Kapitals, also zur Verbesserung der Geschäftsgrundlagen, erschüttert zivilisierte Menschen nicht. Ebenso wenig, daß unsere und die dortige Regierung mit dem Vorwurf, sie täten immer zu wenig, an einem erklärtermaßen unzutreffenden Sozialstaatsideal gemessen, also entschuldigt werden. Erstens fallen ihnen immer neue enttäuschende Umstände ein, mit denen sie sich bequem über die Gründe hinwegtäuschen; zweitens bebildern diese alle nur die dumme Tautologie: Hunger‘katastrophen‘ haben ihren Grund im Fehlen von Lebensmitteln.

Seuchen sind eine (weniger interessante Unterabteilung der Katastrophenideologie. Weil die hierzulande längst beseitigten Massenkrankheiten in ihrem Verlauf weniger Schwankungen unterliegen und hinsichtlich der politischen Folgen für bedenkenlos erachtet werden, sind sie nur hin und wieder bemerkenswert, vor allem dann, wenn ein Tourist die Cholera bei uns eingeschleppt hat. In unseren „gemäßigten“ Breiten haben „Tropenkrankheiten“ doch wirklich nichts zu suchen.

Bevölkerungsexplosion. Die andere Seite der „Katastrophen“, nach dem einfachen Muster: Hunger = zu wenig Lebensmittel für zu viele Leute; Bevölkerungsexplosion = zu viele Esser für zu wenig Lebensmittel. Die Vorstellung von einem naturgegebenen *Nahrungsmittelfonds*, dem sich die Zahl seiner Benutzer nie anpaßt (für die zivilisierteren Formen nützlicher Armut gibt es die Ideologie vom *Lohnfonds*, dem Stück vom ‚Kuchen‘, der unter den vorhandenen Arbeitern aufgeteilt werden muß), findet die entsprechenden Schuldigen: Einerseits die Bevölkerung selbst, die sich „zu schnell“ vermehrt, andererseits die Regierungen, die das zulassen, oder „machtlos“ sind. Zum dritten entdeckt man neuerdings an den mageren Erfolgen der medizinischen Hunger-Hilfe die Problematik, daß sie nutzlose Esser bis ins zeugungs- und gebärfähige Alter am Leben hält. Ob es humaner ist, Menschen am Leben zu erhalten, die ein paar Jahre später verhungern „müssen“, oder sie zur „Anpassung der Bevölkerung“ krepieren zu lassen, ist entsprechend der politischen Konjunkturlage gegenwärtig die menscherfreundliche Kardinalfrage, die praktisch laufend mit „beides“ entschieden wird.

Ökologische Krise. Die Wirkungen der Plantagenwirtschaft, insbesondere aber Überlebensversuche der verdrängten Bevölkerung in beengten und schlechten Naturbedingungen werden mit Vorliebe als Störung des ökologischen Gleichgewichts besprochen zumeist imperialistisch pur: „unsere“ Umwelt wird zerstört und „unsere“ Rohstoffe ausgeplündert. Daß das Kapital aus jeder Naturbedingung ein Geschäft macht, erscheint da gleichermaßen als Verstoß gegen die Vernunft der *Natur* wie die mühseligen Versuche der Eingeborenen, sich mit untauglichen Mitteln am Leben zu halten. An letzteren exerziert man andererseits mit Vorliebe das Ideal einer armseligen Produktions- und (Über-)Lebensweise - den hiesigen zur Mahnung und den hungernden Negern zum Trotz.

Teufelskreis der Armut ist die wissenschaftlich aufgeplusterte Zusammenfassung sämtlicher tautologischer Ideologien über die Armut. Z.B.: Armut - Unterernährung Krankheit - geringe Produktivität - ... - vermehrte Armut. Neben der methodischen Beweisführung, daß jedem "Faktor" eine eigene Bewegung zukommt, besteht die Kunst des "Argumentierens" gerade darin, wieviele Faktoren und Wirkungen man in den Zirkel einzutragen imstande ist, bis man wieder bei seinem Ausgangspunkt angelangt ist. Ergebnis: Weil die Zustände dort sich selbst hervorbringen, kann gegen sie nur schwer etwas unternommen werden. Dieses Parodestück imperialistischer Heuchelei bestätigt genau das unverschämte Gewissen, das zum praktischen Umgang mit diesem toten Gewicht der weltweiten Geschäftemacherei dazugehört. Es faßt die kritische Zufriedenheit aller Ideologien methodisch zusammen und bedenkt den Imperialismus mit dem zwiespältigen Kompliment, den Kampf gegen den Teufelskreis recht und schlecht zu führen: Er bemüht sich, ihn zu durchbrechen und - meist vergeblich - zu helfen.

Hungerhilfe. Wie der Name sagt, handelt es sich um Hilfe beim Hungern. Einmal abgesehen von der Unverschämtheit, in den Debatten über Sinn und Zweck der milden Gaben zu dekretieren, womit gewisse Sorten Erdenbürger sich zufriedenzugeben haben, weil sie verhungern! Der Idealismus des eigenen kleinen und großen Opfers, das "wir" den Notleidenden zu bringen hätten und immer "zu unserem Schaden" zu wenig bringen (*das* ist die Kritik am "satten Wohlstandsbürger" wie an seinen Politikern), blamiert sich an der caritativen Praxis und am politischen Alltag der Hungerhilfe. Die paar hundert Millionen, die sich die "reichen Nationen" die Sorge um geordnete Zustände in den absoluten Elendsquartieren des Imperialismus kosten lassen und die größtenteils in den Taschen der herrschenden Schicht verschwinden, ergänzen sich prächtig mit dem Engagement der Kirchen für ein "menschenwürdiges" Dahinvegetieren in Busch und Slums, dem "Brotpfennig unseres Bundespräsidenten" (10 Mark für eine Hacke) sowie der (Seelen-)friedensfördernden Sterbehilfe einer Mutter Theresa. Vnd die einfältigen Spekulationen, daß doch "die Welt eigentlich" genug für alle zum Leben produzieren könne, bzw. bei ein bißchen weniger Materialismus hier die dort auch etwas zum Beißen hätten, sind nur die andere Seite der politischen Kalkulation, deretwegen z. B. Vietnamflüchtlinge ostentativ aufgefischt werden, in Kambodscha aber der Ausschluß der vietnamesischen Regierung von der Kontrolle über die Lebensmittelverteilung verlangt wird. Daß der "Welthunger" ein "Problem" oder gar ein "Pulverfaß" sei, gehört eben dem Reich *imperialistischer Phantasie* an. Deswegen sind Debatten über die Untauglichkeit der Hungerhilfe und die Reduzierung dieses Ausgabenpostens in den entsprechenden Staatshaushalten an der Tagesordnung. Wo der "Kommunismus" in diesen Regionen nichts mehr zu bestellen hat, begegnet man seiner potentiellen "Gefahr" auch nicht mit Weizen.

Natürlicher Reichtum ist ein Reichtum, den man nicht hat, sondern der als Möglichkeit vorgestellt wird. Wer über die Mittel verfügt, um aus den Rohstoffen wirklichen Nationalreichtum zu *machen*, ist kein Geheimnis: Was für die Entwicklungsländer ihre "natürlichen Reichtümer", sind "unsere Rohstoffquellen". Das Kompliment, daß sie mit der Verwendung ihrer Rohstoffe für die kapitalistische Geschäftemacherei nichts zu tun haben, wird in die Form gekleidet, sie besäßen lauter positive Voraussetzungen für die Entwicklung einer eigenen Nationalökonomie, wenn... ja, wenn es anders zuginge, als es geht. Die Umdrehung der kapitalistisch benutzten Naturbedingungen in "ungenutzte Potenzen" der "Entwicklungsländer" tritt deshalb mit Vorliebe als Vorwurf an sie auf, wegen der vielen Rohstoffe sich nicht um eine industrielle Entwicklung zu kümmern, oder wegen der fehlenden *anderen* "Faktoren" nicht entwickeln zu können.

Nach derselben Logik wird auch statt von "Billiglohnländern" vom "unerschöpflichen"

Arbeitskräftepotential als einem quasinatürlichen Reichtum *für sie* geredet. Die Gedankenfreiheit, ein für die imperialistischen Geschäfte nutzloses und deshalb (Armen-) Heer als einen Vorzug dieser Länder auszugeben, den sie nur zu nutzen wissen müßten, konstatiert folgerichtig

5 *Industrialisierung*, als die große Chance dieser Länder, bzw. ihr *Fehlen* als Grund dafür, daß die vorgestellte harmonische Entwicklung von nationaler "Güterproduktion" und "Massenversorgung" nie zustandekommt. Abgesehen davon, daß der Zweck der Ökonomie sein soll, Arbeitskräfte und Technik zum allseitigen Nutzen zusammenzuführen (dran glauben sie nicht einmal hierzulande ernsthaft), ist man auch bei Lob und Tadel ihrer "Fortschritte" nicht zimperlich. Einerseits leistet man sich aus lauter geheucheltem Respekt vor ihren Anstrengungen Witze der folgenden Art: "Die Industrialisierung (Saudi-Arabiens) soll dazu beitragen, ein hohes wirtschaftliches Wachstum zu erreichen und die Abhängigkeit des Landes vom Öl zu reduzieren. Schwerpunkte der Industrialisierung sind der Aufbau von Raffinerien, von petrochemischen Industrien...". Andererseits bespricht man den beschränkten Aufbau einer Billigstahlindustrie "von Nigeria" als eine ernsthafte und eventuell zu unterbindende Konkurrenz für die europäische Stahlindustrie. Für sie gelten schließlich andere, nämlich fiktive, nationalökonomische Maßstäbe wie

10 *Selbstversorgung durch alternative Technologie*. Damit bedeutet man ihnen, daß das Gerede von ihrem Entwicklungsfortschritt sich letztendlich immer an der Vorstellung bemißt, durch die Effektivierung ihrer zerstörten traditionellen Produktionsweisen mit billigen Mitteln durch sie die Kosten für den ordentlichen Gang der Herrschaft und das Geschäft *für "uns"* zu minimieren. Faschistisches Gedankengut von Boden, Massenbeschäftigung und bäuerlicher Schaffenskraft gilt hier also als Ausweis der Sorge um das Vorankommen der "Dritten Welt" und als ökonomischer Realismus. Dem Faktum, daß diese beschworene "Eigenverantwortung" nie zustandekommt, die kapitalistischen Nationen also ihre Zuständigkeit ungebrochen wahrnehmen, trägt man einerseits mit dem Vorwurf der

20 *Mißwirtschaft* Rechnung, weil die "Entwicklungsländer" angeblich ihre ungeheuren Potenzen nie nutzen. Erst attestiert man ihnen, daß der Reichtum in dem besteht, was ihnen *fehlt*, und dann sollen sie damit auch noch *schlecht* umgegangen sein! Andererseits leugnet man schlicht die allen Theorien von Entwicklung hohnsprechenden Resultate ihrer Beziehungen zum Imperialismus und redet über

30 *Internationale Arbeitsteilung*, so als sei die Welt eine große Gemeinschaft von Gebrauchswertproduzenten, die sich diese menschenfreundliche Aufgabe zu aller Vorteil nach dem nützlichen Kriterium der "komparativen Kosten" teilen würden. Daß die kapitalistischen Staaten zum Zwecke ihrer nationalen Bereicherung die ehemaligen Kolonien in den politökonomischen Status von Rohstofflieferanten versetzt haben, die nichts als ihre politischen Ansprüche auf Erhaltung ihrer Herrschaft in die "Arbeitsteilung" einzubringen haben, schlägt sich in dieser verklärenden Weltsicht als laufende *Problematisierung* nieder. Die internationale Arbeitsteilung muß immer erst noch wirklich hergestellt werden, heutzutage dadurch, daß man die Ansprüche auf "Kompensation" für die "Dritte Welt" zurückweist und sie mit dem Anspruch abspeist, sie sollten sich endlich den Gesetzen "des freien Marktes" stellen und auf dem behaupten, dann würden sich die Voraussetzungen für die Behauptung in der internationalen Konkurrenz schon einstellen. Außer Mode kommt daher das Stichwort

5

10

15

20

25

30

35

40

45

Ungerechter Tausch, das auf der Fiktion basiert, die Staaten stünden sich als Anbieter und Nachfrager von Produkten auf dem Weltmarkt gegenüber und würden den zu ihrer Herstellung verwendeten Arbeitsaufwand oder gar den jeweiligen Nutzen ihrer Güter preisvergleichen. Und das nicht deshalb, weil es sich gar nicht um ein Verhältnis des wechselseitigen Geschäfts handelt, sondern die eine Seite ihre Naturreichtümer anbieten muß, um je nach Preisfestsetzung an den Rohstoffbörsen ihre Herrschaft zu finanzieren, die andere aber in Form von Kapitalisten je nach Geschäftslage sich diese Voraussetzungen etwas kosten läßt. Auch nicht deshalb, weil die Ideologie ein offensichtlicher Widerspruch ist und moralische Argumente von seiten des ökonomischen Sachverstands immer eine Heuchelei sind. Vielmehr einfach deswegen, weil man die “Einseitigkeit” des Nutzens offiziell für gerecht erklärt, von wegen Marktgesetzen... s.o.! Auch die Debatte, was ein

Gerechter Preis ist, wird nur noch sehr einseitig von den “Entwicklungsländern” geführt, die mangels ökonomischer Erpressungsmittel um einen “gerechten Anteil” betteln, der ihren Herrschaftsansprüchen genügt. Einerseits ist diese Debatte das Eingeständnis, daß sie mit der Bestimmung des Preises wenig zu tun haben, dieser also auch nicht der Kosten-/Gewinnkalkulation mit dem Einsatz von Lohnarbeitern entspringt, sondern der Preis für ihr politisches Monopol über diese Naturstoffe ist, der sich nach der Konkurrenz des Kapitals richtet. Man stelle sich einen Kapitalisten vor, der seine Preise auf dem Markt zur Disposition des Käufers stellt! Für ihn sind sie schließlich Ausgangspunkt der Kalkulation, ob sich ein Geschäft lohnt; und wenn er pleite macht, lautet deshalb die Auskunft auch nicht, er habe keinen gerechten Preis bekommen, sondern er habe sich verkalkuliert.

Andererseits waren die Nutznießer der Rohstoffe für diese Debatten immer schon nur so lange zu haben, wie sie Debatten blieben. Sobald wegen der preistreibenden Konkurrenz ums Öl die Preise stiegen, war das die reinste “Erpressung mit unseren Rohstoffquellen durch die Ölscheichs”. Was Wunder, daß mit der offiziellen diplomatischen Klarstellung, die durchgesetzten imperialistischen Geschäftsverhältnisse seien genau so recht, wie sie durchgesetzt sind und für den politischen Weltzweck gegen den Osten in Dienst genommen werden, auch der Preis für gerecht erklärt wird, der auf den Rohstoffbörsen erzielt wird.

Heutzutage gilt es geradezu als fortschrittlichste Errungenschaft, daß sie durch diverse Rohstoffabkommen wie Minex, Stabex usw. halbwegs

Stabile Preise erhalten. Das westliche Interesse, eine gewisse Konstanz der nationalen Einkommensquelle für die Lieferländer zu garantieren und sie einen Teil ihrer “Entwicklungshilfe” aus den gebildeten Fonds selber zahlen zu lassen, ist das praktische imperialistische Eingeständnis, daß die Preise für diese Länder kein Geschäftsmittel sind, sich vielmehr noch zur wirtschaftspolitischen Ausgestaltung der Abhängigkeit benutzen lassen. Damit der Preis für sie einer ist, behandelt man ihn nicht wie einen normalen Preis! Auf diese Sorte Wirtschafts imperialismus hält sich die EG viel zugute und findet damit bei denen auch Anklang, denen sie einen für ihre Bedürfnisse genügenden Preis beständig bestreitet. Die “Dritte Welt” kalkuliert eben mit diesem Preis und den zusätzlichen “Entwicklungshilfegeldern”, also mit ihrer Abhängigkeit.

Deswegen beruhen auch alle ökonomischen Gedanken über die bessere, gerechtere, hilfreichere, selbständigere usw. Ausgestaltung des Abhängigkeitsverhältnisses auf einem bespielten Respekt vor der Selbständigkeit der imperialistischen Staatengeschöpfe und auf einer spekulativen Freiheit der Kritik, die allein aus der Gewißheit entspringen, daß die Geschäftsbeziehungen das Werk der kapitalistischen Nationen sind und zur Zufriedenheit laufen. Gegenüber den paar Ausnahmen politisch nicht umstandslos botmäßiger Länder dankt die Freiheit des ökonomischen Modellverstandes freiwillig ab zugunsten der Russenhetze.

Das Arsenal der Schlagworte zur politischen Herrschaft in diesen Regionen zeichnet sich deshalb ebenfalls durch die Unbekümmertheit aus, mit der man den Widerspruch zu den hierzulande geschätzten demokratischen Herrschaftstugenden entweder herausstreicht oder aber daraus zynisch ein positives Beurteilungskriterium drechselt, indem man die "Andersartigkeit der Zustände" dort dem moralisierenden Staatsbürger in Erinnerung bringt. In beiden Fällen ist man sich einig, daß eine brauchbare Ordnung mit Blickrichtung Westen immer noch das oberste politische Kriterium ist und sich das an anderem bemißt als an den Alternativen von Demokratie und Diktatur. Daß die Funktionalität für "unsere Interessen" der einzig gültige Herrschaftsausweis ist, ist der Ausgangspunkt. Und "der erlaubt einem Nationalisten, der in die "Dritte Welt" blickt, im selben Atemzug sich über die Zustände dort zu mokieren und die Leistung der Regierung anzuerkennen. Die imperialistischen Weltordnungsbegutachtungen befleißigen sich also eines offen methodischen Umgangs mit den eigenen Herrschaftsidealen; im selben Maße wie sie sich ewig unzufrieden über die "Zustände" äußern und den mit uns befreundeten Regierungen theoretisch den Respekt versagen, nehmen sie normalerweise die eigentlichen Subjekte der Weltpolitik - die eigene Regierung - von ihrer Kritik aus, weil sie ihnen konzедieren, sie würden auf eine vorfindliche un-ordentliche Drittwelt als eine Gelegenheit stoßen, mit der sie dann bloß in unserem Interesse fertigzuwerden hätten. Wenn sie immer wieder

Korrumpierte Regierungen als ein Charakteristikum entdecken und mit den überall feststellbaren Erscheinungen von persönlicher Gewalttätigkeit, Bereicherung und absoluter Rücksichtslosigkeit der politischen Führung gegen die Massen belegen - als wäre das nicht ein Beweis dafür, daß diese Figuren an einem Ideal von Allgemeinwohl und Mißbrauch der Macht für persönliche Zwecke gar nicht zu messen sind -, dann nehmen sie das in den seltensten Fällen als ein Argument gegen die Demokratien, deren brauchbare internationale Geschöpfe solche Drittwelt-Politiker sind. (Giscard wurde vorgeworfen, daß er statt der „normalen“ Beziehungen sich von Bokassa unkorrekt "bestechen" ließ, und an Bokassa war das Skandalöseste, daß Giscard sein Diamantengeschenk annahm!) Ganz im Gegenteil. Allgemein wird der Korruptionsvorwurf immer nur dann, wenn die imperialistischen Regierungen *beschlossen* haben, einen Staatsmann als mißliebig einzustufen, weil sein Treiben Unordnung in den ordentlichen Gang der Beziehungen bringt; anerkannte Leute wie Nyerere oder Senghor dagegen werden - angesichts der "allgemeinen Korruption" - als "vergleichsweise" rühmliche Ausnahmen gehandelt, die im Rahmen afrikanischer Möglichkeiten sogar standhaft gegen "Korruption ankämpfen". Wie man sich mit dieser Sortierung ganz selbstverständlich dafür zuständig erklärt, ob diese Länder mit den ihnen "zur Verfügung gestellten" Mitteln in unserem Sinne umgehen (und dazu gehört eben auch, daß ihre inneren Verhältnisse nicht groß ins Gerede kommen, weil sie sie fest im Griff haben), so entscheidet man auch souverän, ob man einem neuen Machthaber, der dem alten regelmäßig "Korruption" vorwirft, dies zu glauben versichert oder an ihn eben denselben Vorwurf richtet. Es

kommt darauf an, ob er ein zuverlässiger Mann für die wirklichen Ansprüche an ihn zu sein verspricht.

Weil Stabilität auch offiziell zum Beurteilungsmaßstab erklärt worden ist und den diplomatischen Umgang bestimmt, sind am Stichwort

5 *Diktatur* ein paar Korrekturen vorgenommen worden. Diese Kennzeichnung unter die Adolf, Stalin und Idi Amin jenseits ihrer wirklichen Unterschiede gleichermaßen fallen, entspringt ja schon einem negativen Vergleich mit dem Ideal einer angeblich gewaltlosen Demokratie, die dank Volkszustimmung *ordentlich funktioniert*; und es wurde immer schon heftig darüber gestritten, wie weit nicht eine “undemokratische” Regierung für die dort unten, sprich für Ruhe und Ordnung
10 in unserem Sinne, die beste aller schlechten Staatsformen ist; deshalb entschied man sich auch je nachdem für die alternativen anerkennenden Charakterisierungen wie “autokratische Regierung” oder “Ein-Parteien-System”, die insofern den Menschen dort *gerecht* werden, weil diese über die starke Hand “auf den Weg zur Demokratie” geleitet werden. Inzwischen aber spart man sich des öfteren einfach die ganzen unfreiwilligen Eingeständnisse über staatsbürgerlichen Gehorsam und
15 Staatsform; stattdessen läßt man sich von amerikanischer Seite das Lob der einschlägigen Staaten unverblümt vorformulieren: Sie allein garantieren solide Beziehungen zum Westen und sind deshalb auch für ihr Land genau das Rechte - im Unterschied zu den Diktaturen im Osten, die den Freiheitsdrang ihres Volkes “knechten”, indem sie immer noch nicht vor den imperialistischen Ansprüchen kapitulieren.

20 ***Einer zuvorkommenden Kennzeichnung erfreuen sich vor allem die ehemaligen Militärdiktaturen*** Lateinamerikas. Das, was man ihnen mit dieser Kennzeichnung früher auch im bürgerlichen Lager vorgeworfen hat - daß sie *besonders* gewaltsame Diktaturen seien, statt daß es auch mit etwas weniger Gewalt oder wenigstens etwas mehr rechtsstaatlicher Gewalt ginge, und daß sie mit der blutigen Niederschlagung der laufenden inneren Unruhen ihre *Schwäche* bewiesen
25 - wird jetzt zumindest als unabweisbare Tatsache innerer Ordnung akzeptiert, wenn nicht genau für das Richtige gehalten. Selbst bezüglich solcher Länder, wo in den einschlägigen Kreisen Vorstellungen von einer effektiveren, volksfreundlicheren, weniger gewalttätigen demokratischen Regierung existieren und mit ihnen, wo sie sich ernsthaft geltend machen, rücksichtslos aufgeräumt wird, unterscheiden hiesige Erzdemokraten säuberlich zwischen dem, was für uns gut
30 ist und was das für die Massen dort bedeutet. Und das ist ja auch irgendwie verständlich bei der gegenwärtigen Weltlage, zumal die radikalste Form bürgerlicher Kritik schon immer darin bestanden hat, im Namen von Amnesty International “höflich formulierte” Briefe an die einschlägigen Staatsoberhäupter zu schreiben und sie als Staatsoberhäupter zu “bitten”, doch auch einmal Menschenrecht und ordentlichen Strafvollzug vor Mord und Folter ergehen zu lassen -
35 wenigstens für den “Gefangenen des Monats”.

Die früher einmal bis in die Intellektuellenpresse vorgedrungenen linken Vorwürfe, es handle sich bei solchen Regierungen um

40 *Gorillas und Marionettenregierungen* sind so gut wie ganz aus der imperialistischen Landschaft verschwunden. Daß der Westen mit Herrschern freundschaftlich verkehre, die Brutalität pur und ,sinnlose‘ Gewalt als Zweck verfolgen würden und deshalb keine Menschen, sprich Staatsmänner seien, ist der funktionellen Beantwortung der Gewaltfrage gewichen: Es gibt den

“Weltterrorismus” jenseits der Mauer, und dessen Gewalt ist nicht sinnlos, sondern gegen die westliche Staaten-Familie gerichtet. Auch die Be- (bzw. Ent-)schuldigung, eine Regierung diene gar nicht den eigenen Staats- (bzw. Volks-) Interessen, sondern sei willensloses Werkzeug fremder Interessen, findet ihre Adressaten nur noch im gegnerischen Lager oder was man alles dazu erklärt. Die Existenz von Kubanern in Angola beweist die Nicht- Souveränität dieses Staates, während die Entsendung französischer Truppen nach Zentralafrika als “aktive freundschaftliche Hilfe” sehr wohl mit dem “Prinzip der Nichteinmischung” vereinbar ist. Souveräne müssen sie schließlich sein, nämlich botmäßige Staaten, die sich gegen die falsche Einmischung wenden und stützen lassen. Deswegen heuchelt Genscher auch nicht mehr Hilflosigkeit und bedauert, “daß wir uns unsere Gesprächspartner nicht aussuchen können”, so als hätten die imperialistischen Demokratien diese Staaten einfach vorgefunden und auf sie bezüglich der Menschenrechte noch nicht einwirken können. Heute reist er auch ausdrücklich einfach in der ganzen “Dritten Welt” herum und entwickelt “unsere Interessen”.

Dafür hat sich aber das zwiespältige Verhältnis zu
Befreiungsbewegungen gründlich geändert. Die linke Vorstellung, da seien ganze Völker weltweit im Kampf mit dem Imperialismus gelegen, wenn irgendwelche Machtanwärter mit den unterschiedlichsten Vorstellungen um die Anerkennung als souveräne Regierung gestritten haben, ist nämlich mit umgekehrten Vorzeichen zur ideologischen Waffe des Imperialismus geworden, allerdings mit einer ganz anderen materiellen Gewalt als Basis. Völker, die gegen imperialistische Knechtung aufstehen, gibt es in Afghanistan etc., und dort “unterstützt” man sie nach Kräften, d.h. organisiert selber den Widerstand im feindlichen Lager.

Man macht also auch um die staatsbürgerliche Lieblingsvorstellung, auf die niemand verzichten möchte, der seine Nationalität nicht für einen Zufall, sondern für eine Schicksalsgemeinschaft hält, nämlich um das Volk nur noch ein durch und durch funktionelles Aufhebens bezüglich des “inferioren” Teils der Welt. “Volksherrschaft” ist ein Ideal nur noch gegen die “Arbeiter- und Bauerndemokratien”, während der eigenen “Völkerfamilie” bedeutet wird, daß sie für die eigenen Zwecke gerade so recht ist, wie sie ist. Gerade noch, daß man das in die Heuchelei einkleidet, es sei so auch das Beste für das jeweilige Volk. So teilt man den souveränitätsbeflissenen “Partnern” mit, daß man sie unabhängig von den Zuständen in ihrem Land für brauchbar erachtet. Mit gekünsteltem Erstaunen spricht man beim Ableben Sadats diese Trennung, die man selber macht, noch aus, daß er nämlich “eigenartigerweise” im eigenen Land gar nicht die Anerkennung genossen habe, die ihm der Westen als brauchbarer “Friedens”-Kreatur im Nahen Osten zollt. Und zugleich gerät es beim “terroristischen” Nachbarn Gadafi nicht einmal in das normale Blickfeld imperialistischer Betrachtung, daß er seine paar Massen zu einem begeisterten Volk erziehen will. Man ist sich nämlich sicher, daß es auf die Milliarden Menschen nicht ankommt, wo sie gar nicht in den Umkreis der Benutzung durch ihre Herrschaft treten, also auch kein Volk bilden, weil die Herrschaft sich nur über ihre Funktion für die kapitalistischen Nationen erhält. Daß es nur auf die ankommt, daran läßt man gegenwärtig, wenn man vom Volk redet, keinen Zweifel. Auch auf dem Felde der Ideologien ist eben die Nützlichkeit für die Zwecke des Westens nicht mehr nur der letztendliche, sondern jetzt erklärtermaßen erste und einzige Berechtigungsausweis.

